



ANPACKEN.
FÜR UNSER LAND.

**Antworten der SPD zum Fragenkatalog
von
PGA – Politik gegen Aussonderung
BAG für Integration und Inklusion**

zu Frage 1:

Eine Politik der Inklusion von Menschen mit Behinderung ist Leitbild der SPD. Wir stehen für die vollständige Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderung. Das bedeutet für uns Teilhabe und Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen - vor allem aktive Teilhabe! Zur Umsetzung der UN-Konvention will die SPD einen Nationalen Aktionsplan erarbeiten, in dem alle Maßnahmen gebündelt und umgesetzt werden.

zu Frage 2:

Die SPD will, dass alle Menschen mit Behinderungen an der Gesellschaft gleichberechtigt *aktiv* teilhaben können. Wir wollen erreichen, dass alle Menschen mit Behinderungen so lernen, arbeiten, wohnen und leben können, wie sie es selbst möchten. Wir fordern dafür ein Gesamtkonzept für Teilhabe und Inklusion behinderter, pflegebedürftiger und alter Menschen, das sich nicht auf Versorgung beschränkt, sondern an den Bürger- und Menschenrechten behinderter Menschen orientiert. Deshalb werden wir einen Teilhaberrat ins Leben rufen und mit ihm die Eingliederungshilfe so weiter entwickeln, dass die Leistungen grundsätzlich dem Menschen dahin folgen, wo er leben will.

Für mehr selbstbestimmte Teilhabe wollen wir die Leistungen für Menschen mit Behinderung verbessern. Seit 1. Januar 2008 gibt es einen Rechtsanspruch auf das persönliche Budget. In ihm können Leistungen aller Sozialversicherungsträger gebündelt als Geldleistung ausgegeben werden. Wir wollen die Möglichkeiten verbessern, das persönliche Budget in Anspruch zu nehmen. Dazu werden wir es in allen Bereichen fördern und ausbauen und die Möglichkeiten für die Inanspruchnahme geeigneter Budgetassistenz verbessern.

Im Bereich des Teilhaberechts wollen wir die mit dem SGB IX begonnene Vereinheitlichung des Leistungsrechts weiterführen. Es muss gelingen, dass alle Leistungsträger nach einheitlichen Kriterien zusammenarbeiten und die Betroffenen die ihnen zustehenden Leistungen aus einer Hand erhalten. Der Grundsatz dafür muss sein, dass die Leistungen den Menschen folgen und nicht umgekehrt. In der Perspektive wollen wir einen Nachteilsausgleich – d.h. ein Teilhabegeld für Menschen mit Behinderung - einführen.

zu Frage 3 und 4:

Eine Verbesserung des Teilhaberechts wird nur durch die oben beschriebene Fortsetzung der Vereinheitlichung des Teilhaberechts gelingen – auch die Länder und Kommunen sind an die Erfüllung der UN-Konvention gebunden.

Für die SPD ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung von Anfang an gemeinsam ausgebildet werden. Teilhabe von Anfang an bedeutet, gemeinsames Leben und Lernen für alle von der Kita bis zur beruflichen Ausbildung und zum Studium zu ermöglichen. Wir fordern einen Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik – dieser darf nicht an Kosten scheitern, das wollen wir sicherstellen. Parallel zu den Bemühungen der Länder im Vorschul- und Schulbereich werden wir im Bund die integrative Berufsausbildung und Weiterbildung, die Übergänge von Menschen mit Behinderungen in den allgemeinen Arbeitsmarkt weiter ausbauen und Sozialleistungen auf das Integrationsziel abstimmen.